



Aufbauend auf den beiden Nahost-Resolutionen vom 24. Februar 2024 (Link: <https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2024/03/Fuer-einen-sofortigen-Waffenstillstand-und-einen-gerechten-Frieden-im-Nahen-Osten.pdf> - verabschiedet am Parteitag in Grand Saconnex) und vom 26./27. Oktober 2024 (Link: https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2024/10/Fuer-einen-sofortigen-Waffenstillstand-und-einen-gerechten-Frieden-im-Nahen-Osten_Fuer-ein-Ende-der-Gewalt-gegen-das-palaestinensische-Volk-und-der-Besatzung-beide-1.pdf - verabschiedet am Parteitag in Davos) hat die SP Schweiz am Parteitag in Sursee die beiden untenstehende Resolutionen beschlossen.

Frieden auf der Grundlage des Völkerrechts – klare Benennung des Genozids und Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza

In den letzten Tagen zeichnete sich erstmals seit Langem eine spürbare Entlastung ab: Menschen in Gaza wie auch in Israel reagierten mit Erleichterung auf die jüngsten Entwicklungen. Jeder Schritt hin zu einem stabilen Waffenstillstand ist zu begrüßen, denn er ermöglicht dringend notwendige humanitäre Hilfe und kann den Boden bereiten für politische Lösungsansätze, die über das blosse Ende der Kampfhandlungen hinausgehen. Die SP Schweiz ruft alle Parteien dringend dazu auf, die Waffenruhe zu respektieren. Weitere Drohnenangriffe der IDF nach in Kraft treten der Waffenruhe sind genauso einzustellen, wie die offenbar gestarteten politischen Säuberungen der Hamas gegen politische Gegner:innen im Gaza-Streifen.

Doch ein dauerhafter Frieden kann nur auf der Grundlage des Völkerrechts, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen, und der universellen Menschenrechte entstehen. Ein Friedensplan hat dann eine Chance, wenn er Gaza nicht nur isoliert betrachtet und auf den von der UNO 1967 festgelegten Grenzen aufbaut. Das ist die Grundlage für einen glaubwürdigen politischen Prozess.

Die Schweiz soll nun substanzielle Beiträge zum Wiederaufbau Gazas leisten. Dazu gehören die Entfernung von Blindgängern, ein Bereich, in dem die Schweiz über ausgewiesene Expertise verfügt, sowie der Wiederaufbau kritischer Infrastruktur und von Wohnraum für intern Vertriebene. Entscheidend ist, dass die lokale Bevölkerung in Planung und Umsetzung eingebunden wird und dass es zu keinen Zwangsumsiedlungen kommt. Verletzte müssen schnellstmöglich Zugang zu medizinischer Behandlung erhalten. Dazu gehört auch, dass schwerverletzte Kinder in die Schweiz gebracht werden, um hier versorgt zu werden.

Die SP teilt die Einschätzung des Uno-Menschenrechtsrats und vieler Expert:innen, dass die israelische Regierung einen Genozid begangen hat. Die Sozialdemokratische Partei der

Schweiz verurteilt dies aufs Schärfste. Die zuständigen internationalen Gerichte müssen dringend ihre Urteile wegen Völkermordes fällen: der Internationale Gerichtshof, was die Verantwortung der Staaten betrifft, und der Internationale Strafgerichtshof, was die strafrechtliche Verantwortung von Einzelpersonen anbelangt.

In Gaza sind mehr als 65.000 Menschen gestorben. Die überwiegende Mehrheit davon sind Minderjährige, Frauen und ältere Menschen; fast alles Zivilist:innen. Unschuldige Menschen sind teilweise immer noch organisiertem Hunger, Zwangsvertreibung und der systematischen Zerstörung der Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Produktionsinfrastruktur ausgesetzt – alles ein Verstoß gegen das Völkerrecht und insbesondere das humanitäre Völkerrecht. Israel hat über Monate humanitäre Hilfe blockiert und Journalist:innen an der Einreise in den Gazastreifen gehindert. Diese blutige Operation spiegelte den klaren Willen wider, die Menschen in Gaza, ihre Geschichte und ihre Zukunft zu vernichten. Dieser Wille wurde von verschiedenen israelischen Ministern und Parlamentarier:innen deutlich zum Ausdruck gebracht. Es ist nun unmöglich, ihn zu leugnen; Schweigen wäre ein politischer und moralischer Fehler. Es liegt an uns, dies zu benennen.

Im Westjordanland baut die israelische Regierung Siedlungen weiter aus. Im Schatten der Gräueltaten von Gaza greift die Armee die Flüchtlingslager von 1948 an und vertreibt die Bewohner:innen. Die Siedler:innen ermorden ungestraft Palästinenser:innen, vertreiben sie aus ihren Dörfern, entziehen ihnen Wasser und zerstören ihre Olivenhaine.

Das Schweigen und die mitschuldige Untätigkeit der Staaten, die behaupten, das Völkerrecht und das humanitäre Völkerrecht einzuhalten, sind moralisch und rechtlich nicht zu rechtfertigen. Die Zivilgesellschaft, unzählige Bürger:innen, Botschafter:innen, Intellektuelle, Hafenarbeiter:innen und Journalist:innen weltweit und in Israel zeigen das Ausmass der Ablehnung der Geschehnisse in Gaza und im Westjordanland.

Diese breite Bewegung der Zivilgesellschaft verpflichtet uns. Sie fordert energische Massnahmen gegen die rechtsradikale Netanyahu-Regierung, um sie zur Einhaltung des Völkerrechts zu zwingen.

Das Überleben eines Volkes steht auf dem Spiel. Die Existenz des Völkerrechts wird in Frage gestellt. Die UN-Charta, Resolutionen und Institutionen der UNO geraten ins Wanken. Tatsächlich erscheint ein gerechter und dauerhafter Frieden zwischen den Staaten Israel und Palästina manchen unerreichbar. Wir Sozialdemokrat:innen hingegen glauben, dass er möglich ist, sofern wir entschlossen, stark und konsequent handeln.

In diesem Zusammenhang setzt sich auch die SP schrittweise dafür ein, dass die von Israel in Gaza und im Westjordanland begangenen Verbrechen und die Untätigkeit unseres Bundesrates nicht unwidersprochen bleiben.

Die Sozialdemokratischen Partei beschliesst am Parteitag vom 25. Oktober 2025 in Sursee die folgenden Positionen:

1. Die SP sieht einen stabilen Waffenstillstand als Voraussetzung für humanitäre Hilfe und den Beginn eines politischen Friedensprozesses auf Grundlage des Völkerrechts und der UNO-Grenzen von 1967. Die Schweiz soll sich aktiv am Wiederaufbau Gazas beteiligen – insbesondere bei der Räumung von Blindgängern und dem

Wiederaufbau der kritischen Infrastruktur und des Wohnraums. Die mehr als 100'000 Verletzten müssen schnell umfassend medizinisch betreut werden. Die Schweiz muss aktiv Hilfe leisten. Schwerverletzte Kinder müssen rasch Zugang zu hochwertiger medizinischer Behandlung erhalten.

2. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz verurteilt den von Israel verübten Genozid aufs Schärfste.
3. Die SP sieht weiterhin die Notwendigkeit den Druck auf die rechtsextreme Regierung in Israel zu erhöhen, damit ein gerechter Frieden möglich wird, welcher für die Menschen in Gaza und dem Westjordanland eine Perspektive bieten. Dazu gehören die Sanktion von Produkten aus den besetzten Gebieten sowie die Sanktion und die Desinvestition von Unternehmen, die direkt oder indirekt mit den Kriegsanstrengungen, ethnischen Säuberungen, der Zerstörung der Infrastruktur in Gaza und im Westjordanland sowie weiteren Völkerrechtsverletzungen in Verbindung stehen;
4. Unterstützung palästinensischer Opfer bei der Dokumentation und Übermittlung von Beweismaterial an den Internationalen Strafgerichtshof, damit mutmassliche Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord durch verantwortliche israelische Politiker:innen und Militärangehörige untersucht werden können. Gleichzeitig setzt sich die SP dafür ein, dass der Internationale Strafgerichtshof finanziell und personell gestärkt wird, damit er seine Arbeit unabhängig und wirksam wahrnehmen kann.;
5. Politische Unterstützung der SP für die Studierenden, die mit repressiven Strafverfahren konfrontiert sind, weil sie an den Universitäten studentische Solidarität für Gaza zum Ausdruck gebracht haben.
6. Die Aufrechterhaltung der Forderungen an den Bundesrat, konkrete Massnahmen gegenüber Israel zu ergreifen, um die Einhaltung des internationalen Rechts sicherzustellen, insbesondere:
 - Die sofortige Einstellung aller Exporte und Importe von Kriegsmaterial und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (dual use) mit Israel;
 - Die sofortige Einstellung jeglicher militärischer Zusammenarbeit mit israelischen Institutionen und die sofortige Einstellung derjenigen wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit israelischen öffentlichen und halböffentlichen Einrichtungen, die unmittelbar oder mittelbar den Gaza-Krieg oder die Aufrechterhaltung der völkerrechtswidrigen Besatzung unterstützen;
 - Ein Einfuhrverbot für Produkte aus israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten in die Schweiz;
 - Die sofortige Aussetzung des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und Israel, bis Israel das Völkerrecht einhält;
 - Die sofortige Aussetzung aller konsularischen Dienste für Schweizer Staatsangehörige, die in israelischen Siedlungen im besetzten palästinensischen Gebiet leben;
 - Ein Einreiseverbot für extremistische israelische Regierungsminister und gewalttätige Siedler, die die palästinensische Bevölkerung angreifen, in die Schweiz;

- Die Übernahme gemäss Art. 1 Embargogesetz der EU-Sanktionen, die aufgrund der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik oder des Gaza-Krieges verhängt wurden oder noch werden.
7. Die Bekräftigung der Forderung an den Bundesrat, den Staat Palästina durch die Schweiz anzuerkennen, um die Perspektive auf einen gerechten und dauerhaften Frieden auf der Grundlage der Zweistaatenlösung aufrechtzuerhalten.

Die Schweiz kann und muss im Friedensprozess im Nahen Osten wieder eine konstruktive Rolle spielen

Mit der Vermittlung der USA, Katar, der Türkei und Ägypten und unter massivem Druck vieler weiterer Staaten haben sich Israel und die Hamas auf eine Waffenruhe in Gaza geeinigt. Die Geiseln, die in Gaza überlebt haben, sind freigekommen, ebenso knapp 2000 inhaftierte Palästinenser:innen aus israelischen Gefängnissen. Der Rückzug der israelischen Armee hat begonnen, grossangelegte humanitäre Hilfe setzt endlich ein. Das Aufatmen ist riesig. Sowohl die Massaker des 7. Oktobers als auch die Kriegsverbrechen in Gaza und der Westbank haben die Menschen in Palästina und Israel traumatisiert. Die enorme Erleichterung auf Grund der jüngsten Entwicklungen ist fast mit Händen greifbar. Aus Sicht der SP ist es zutiefst beschämend, dass die Schweiz zu dieser positiven Entwicklung so gut wie nichts beigetragen hat. Die Schweiz war bis vor wenigen Jahren in der Region bekannt als verlässliche Partnerin für Frieden und Entwicklung. Dieser Ruf hat gelitten. Die Schweiz strich der UNRWA – trotz Widerstand aus der israelischen Zivilgesellschaft – bedeutende Finanzmittel. Die langjährige Partnerschaft mit Menschenrechtsorganisationen in der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft ist heute geschwächt. Zudem machte die Schweiz wenig Anstalten, die verschiedenen Handlungsaufforderungen und Urteile des Internationalen Gerichtshofs im ersten Halbjahr 2024 in eigene Massnahmen zu übersetzen. Darin werden alle Staaten verpflichtet, sicherzustellen, dass sie die völkerrechtswidrige Präsenz Israels in den palästinensischen Gebieten weder anerkennen noch unterstützen.

Für all das ist es aber nicht zu spät. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom 25. Oktober 2025 in Sursee hält deshalb fest:

1. Der Bundesrat muss alles daransetzen, damit in Gaza alle Parteien die Waffenruhe und das Ende der Gewalt respektieren. Es gibt keinen Raum für Verhandlungen über einen gerechten und dauerhaften Frieden, so lange Menschen vertrieben und getötet werden. Die Hamas muss ihre Erschiessungen und politischen Säuberungen in Gaza einstellen und die Leichen der getöteten Geiseln übergeben. Die israelische Armee muss sich ohne neue Kampfhandlungen hinter die vereinbarte Linie zurückziehen und den vollständigen Rückzug vorbereiten.
2. Die humanitäre Lage ist nach wie vor katastrophal. Die Schweiz muss zusammen mit dem IKRK alles daransetzen, dass Israel vollen Zugang zu humanitärer Hilfe gewährt, das IKRK Inhaftierte in den israelischen und palästinensischen Haftanstalten besuchen kann und zusammen mit dem roten Halbmond seine Schutzaktivitäten und Unterstützungsprogramme voll entfalten kann. Ebenso muss die Schweiz ihre

Zahlungen an die UNRWA ohne Einschränkung wieder aufnehmen und ganz generell die humanitäre Hilfe in einer Perspektive des Friedensprozesses und des Wiederaufbaus ausweiten. Verletzte müssen schnellstmöglich Zugang zu medizinischer Behandlung erhalten. Dazu gehört auch, dass schwerverletzte Kinder in die Schweiz gebracht werden, um hier versorgt zu werden.

3. Mit der Verminderung der direkten Gewalt in Gaza hat sich ein Verhandlungsraum geöffnet, der jetzt nicht ungenutzt verstreichen darf. Die SP ruft den Bundesrat auf, gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft maximalen politischen Druck auszuüben, damit die involvierten Parteien Gewalt und Vertreibungen beenden und diesen Raum tatsächlich nutzen, um sich schrittweise auf der Grundlage des Völkerrechts einer gerechten und tragfähigen Friedenslösung anzunähern.
4. Zentrale Friedensvoraussetzung ist das Ende der Straffreiheit und die konsequente Ahndung aller in Gaza und dem Westjordanland begangenen Verbrechen. Wer angesichts der begangenen Gräueltaten schweigt und nicht handelt, macht sich mitschuldig. Die Schweiz muss alles daransetzen und bei der Beweissicherung mitwirken, damit die von der Hamas, mit ihr verbündeten Terrorgruppen, der Netanyahu-Regierung und hinter dieser stehenden gewaltbereiten rechtsextremen Siedlerbewegung begangenen Verbrechen umfassend dokumentiert und sich die Verantwortlichen vor Gericht verantworten müssen. Die Schweiz muss auch die gerichtliche Klärung des Vorwurfs der Völkerstrafrechtsverletzungen unterstützen. Die Wahrheit über alle begangenen Verbrechen gehört auf den Tisch, Entschädigungen, Kompensationsmassnahmen und Institutionen gegen das Risiko einer Wiederholung müssen folgen.
5. Die Orgie der Gewalt und Zerstörung in Gaza hat ein Echo auch hier in der Schweiz. Die SP setzt sich innerhalb der Partei und in der ganzen schweizerischen Gesellschaft dafür ein, dass nach Jahren einer ungemein polarisierten, ja toxischen Entwicklung wieder das Lösen des Konflikts ins Zentrum rückt. Die SP verurteilt die Gewaltakte anlässlich der Palästinademo vom 11. Oktober 2025 in Bern auf Schärfste. Gewalt, Hass und Antisemitismus muss unter allen Umständen entschieden entgegengetreten werden, selbst wenn sie auf einer Welle scheinbar berechtigter Anliegen daherkommen. Gleichzeitig erwartet die SP von den Berner Behörden eine transparente Aufarbeitung des Polizeieinsatzes. Die Vorwürfe der Demokratischen Jurist:innen, von Amnesty International und anderen Beobachter:innen bedürfen einer Aufklärung. Populistische Forderungen nach einer generellen Einschränkung des Rechts auf Versammlungsfreiheit lehnt die SP ab.

6. Der 20-Punkte-Plan ist kein Selbstläufer. Er kam enorm einseitig zustande; keine palästinensische Partei war an der Ausarbeitung beteiligt. Nahezu alle wichtigen mittel- und langfristigen Fragen werden offengelassen oder nicht einmal angesprochen. Für die SP ist klar: Ultimaten von aussen können dazu beitragen, die Gewalt zu beenden, aber keinen Frieden schaffen. Dafür braucht es die Direktbetroffenen einschliesslich jener, die heute als Feinde gelten. Umso wichtiger ist das friedenspolitische Engagement aller Beteiligten, auch von der Schweiz. Sie muss mit ihren Partnern dazu beitragen, dass alle konstruktiven Kräfte aus Israel und Palästina involviert werden und ihre Stimme erheben können.
7. Die SP ruft den Bundesrat dazu auf, seinen Worten endlich Taten folgen zu lassen. Seit Jahren steht die Schweiz für ein Ende der völkerrechtswidrigen israelischen Besatzung ein, erhebt ihre Stimme gegen die gewalttätige Siedlerbewegung und spricht sich auf der Grundlage des Völkerrechts und der einschlägigen UNO-Resolutionen für die Zweistaatenlösung aus mit einem eigenständigen, freien Staat Palästina neben einem eigenständigen und freien Israel in den von der UNO 1967 festgelegten Grenzen. Solange diesen richtigen Positionen keine Taten folgen, bleibt die Aussenpolitik der Schweiz aber unglaubwürdig und wird auch nichts bewegen können. Zentral sind
 - die sofortige Anerkennung von Palästina als Staat auf den 1967 von der UNO definierten Grenzen, um die Perspektive auf einen gerechten und dauerhaften Frieden auf der Grundlage der Zweistaatenlösung aufrechtzuerhalten;
 - auf diplomatischer Ebene die konstruktive Mitwirkung an allen Bestrebungen, um in Palästina, d.h. in Gaza und im Westjordanland, ausserhalb der Hamas eine legitime Vertretung zu erreichen, welche die Interessen der breiten Bevölkerung wahrnehmen und in den Verhandlungsprozess einbringen kann;
 - die Stärkung zivilgesellschaftlicher Partner in Israel und Palästina, die für die Menschenrechte und einen konstruktiven Friedensprozess eintreten;
 - Vorbereitungen treffen, damit sich die Schweiz – sofern ein UNO-Mandat zustande kommt – an Friedenstruppen im Nahen Osten beteiligen kann;
 - konsequente Durchsetzung des Hamas-Verbotes und jeder Form von Terrorismusfinanzierung, einschliesslich der von Israel in Gaza finanzierten und bewaffneten Milizen um Abu Shabab und andere;
 - Die sofortige Aussetzung des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und Israel, bis Israel das Völkerrecht einhält;
 - Stopp der rüstungsindustriellen Zusammenarbeit mit Israel;
 - Desinvestition von Unternehmen, die direkt oder indirekt mit den Kriegsanstrengungen, ethnischen Säuberungen, der Zerstörung der Infrastruktur in Gaza und im Westjordanland sowie weiteren Völkerrechtsverletzungen in Verbindung stehen.